



## Antrag

der Fraktion der CDU

### **Aus den Ergebnissen der Kommunalwahlen 2013 lernen - "Politische Jugendbildung" fördern und einen Aktionsplan jetzt umsetzen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Beteiligung der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger an der Kommunalwahl am 26. Mai 2013 fiel mit 46,7 v. H. nicht nur um 2,7 v. H. geringer aus als im Jahre 2008, sondern stellt auch die niedrigste Teilnahme an einer Wahl in Schleswig-Holstein dar.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hält eine höhere Förderung des Verbandes politischer Jugend Schleswig-Holstein e. V. (VPJ) ab dem Haushaltsjahr 2014 für erforderlich.

Auf der Grundlage des beschlossenen interfraktionellen Änderungsantrages zum Aktionsplan „Politische Jugendbildung“ (Umdruck 18/1202) im Bildungsausschuss vom 23.05.2013 fordern wir die Landesregierung darüber hinaus auf,

1. nach Beratung des erstellten Berichtes im Bildungs- sowie im Sozialausschuss, auf Grundlage der erhobenen Daten innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten gemeinsam mit dem Landtag einen „Aktionsplan“ für die Weiterentwicklung der politischen Jugendbildung in Schleswig-Holstein zu erarbeiten.

2. darauf hinzuwirken, dass Schülerinnen und Schüler aller Schulformen auf Wahlen zu den kommunalen Gremien, zum Landtag, zum Bundestag und zum Europäischen Parlament methodisch und didaktisch vorbereitet werden, und zu prüfen, in welchen Klassenstufen, welche Inhalte zur Demokratieförderung und politischen Teilhabe verbindlich in der Curricula festgeschrieben werden können.

**Begründung:**

Schülerinnen und Schüler ab dem 16. Lebensjahr, die seit der Kommunalwahl 2013 die Kommunalparlamente erstmalig mitwählen dürfen, müssen bereits in der Schule frühzeitig und verbindlich für Themen wie „Demokratie und politische Teilhabe“ und deren konkrete Ausgestaltung sensibilisiert werden.

Johannes Callsen

Hans-Hinrich Neve

Heike Franzen

und Fraktion